

## V2 Sachsens Aufbruch in die europäische Zukunft

Gremium: LAG Europa und Internationales  
Beschlussdatum: 11.04.2022  
Tagesordnungspunkt: TOP 19 Weitere Anträge (V-Anträge)

### Antragstext

- 1 2018 haben wir die Europapolitik in Sachsen zu einer grünen Priorität gemacht.  
2 Der Wahlerfolg von 2019 und die Regierungsbeteiligung haben uns die Möglichkeit  
3 gegeben, die sächsische Europapolitik entscheidend zu prägen.
- 4 Es ist uns gelungen, die europäische Dimension über alle Ebenen hinweg in weiten  
5 Teilen der Landespolitik und des Regierungshandelns zu verankern und der  
6 Regierung ein erkennbar proeuropäisches Profil zu geben.  
7 Die von der Staatsregierung vorgelegten Europapolitischen Schwerpunkte tragen  
8 dank grüner Regierungsbeteiligung erstmals eine progressive  
9 integrationsfreundliche Handschrift. Klimaschutz, Biodiversität,  
10 Kreislaufwirtschaft, Europabildung, Gleichstellung, Asyl und Migration sind  
11 ebenso Leuchttürme der Regierung wie Bürger\*innenbeteiligung und  
12 Rechtsstaatlichkeit. Diese Themen spiegelt auch das sächsische Vorsitzprogramm  
13 der Europaminister\*innen-Konferenz (01. Juli 2021 - 30. Juni 2022) wieder.
- 14 Wir BÜNDNISGRÜNE haben der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und den  
15 interregionalen Beziehungen Sachsens neues Leben eingehaucht. Frauen- und  
16 Gleichstellungsgruppen in Polen haben wir eine Plattform angeboten und ein enges  
17 Netzwerk mit sächsischen Aktivist\*innen aufgebaut. In der Corona-Krise waren es  
18 grüne Verantwortungsträger\*innen, die sich für die Belange mobiler EU-  
19 Bürger\*innen in unseren Grenzregionen eingesetzt haben und auf engste Abstimmung  
20 zwischen den Regierungen in der Grenzregion gedrungen haben. Auf Initiative der  
21 Europaministerin wird die Zusammenarbeit Sachsens mit Tschechien auf eine neue  
22 Ebene gehoben. Wir haben dafür gesorgt, dass Sachsen mit Okzitanien endlich eine  
23 französische Partnerregion bekommt und die italienische Regionalpartnerschaft  
24 mit Lazio aufblüht.
- 25 Mit der Beteiligung an der Konferenz zur Zukunft Europas haben wir Bürger\*innen  
26 aus Sachsen, Polen und Tschechien aktiv in den Willensbildungsprozess zur  
27 Weiterentwicklung des europäischen Einigungswerks einbezogen.
- 28 Wir wollen uns weiter dafür einsetzen, dass die peripheren Grenzregionen zu  
29 neuen Zentren zusammenwachsen. Die Grenzschießungen während der Pandemie haben  
30 deutlich gemacht, wie eng die Grenzregionen bereits miteinander verwoben sind.  
31 Auch der Kohleausstieg und Strukturwandel müssen grenzübergreifend gedacht und  
32 best practices ausgetauscht werden. Gemeinsam mit unseren Schwesterparteien in  
33 Polen - Partia Zieloni und Tschechien – Strana zelených setzen wir uns für  
34 Rechtsstaatlichkeit, Gleichstellung, Umwelt- und Klimaschutz ein.
- 35 Geographisch sowie historisch bedingt, ist Sachsen enorm an der  
36 Weiterentwicklung der europäischen Nachbarn innerhalb der europäischen Werte-  
37 und Rechtsgemeinschaft interessiert. Eine solche Gemeinschaft setzt aber die  
38 Geltung des Rechtsstaatsprinzips in allen Mitgliedsstaaten voraus. Deshalb ist  
39 nicht hinnehmbar, wenn der Erosion des Rechtsstaatsprinzips in anderen  
40 Mitgliedsstaaten still zugesehen wird. Wir fordern die Landesregierung des

41 Freistaats Sachsen auf, sich weiterhin und auf ganzer Linie aktiv für  
42 rechtsstaatliche Prinzipien, Demokratie und Achtung von Menschenrechten - wie  
43 insbesondere Schutz von LGBTIQ+ und Schutz von Minderheiten bei unseren  
44 Partnerländern Tschechien und Polen einzustehen.

45 1) Umwelt- und Klimaschutz: Nachhaltige Innovation mit regionaler Dimension.

46 Wir BÜNDNISGRÜNE in Sachsen entwickeln klimafreundliche Perspektiven für die  
47 Region und tragen unseren Teil zu einer ambitionierten europäischen  
48 Klimaschutzpolitik bei.

49 Die Staatsregierung muss den Kohleausstieg zügig umsetzen. Notwendige  
50 Strukturveränderungen sollen gemeinsam mit der Bevölkerung vor Ort gedacht und  
51 entwickelt werden. Sachsen muss dabei eine Vorreiterfunktion einnehmen und  
52 beispielgebend aufzeigen, wie sich eine neue nachhaltige und innovative Region  
53 mit grüner Energie und grünem Wirtschaften entwickeln kann. Vorrang ist die  
54 dezentralen Energieversorgung durch kleine innovative Unternehmen,  
55 Bürgerkraftwerke oder Stadtwerke zu gewähren, die im besten Fall auch  
56 grenzüberschreitend wirksam sind.

57 Die Entscheidung der alten Bundesregierung, die Mittel aus dem Just Transition  
58 Fund zu 85% auf die Mittel aus dem Strukturstärkungsgesetz anzurechnen, ist für  
59 die vom Kohleausstieg betroffenen Regionen nicht hinnehmbar. Sie ist  
60 kontraproduktiv dem Anliegen der Europäischen Union gegenüber einen gerechten  
61 Übergang in allen Transformationsprozessen zu gewährleisten. Wir fordern unsere  
62 Mandatsträger\*innen und Minister\*innen auf sich für eine Änderung bei der neuen  
63 Bundesregierung einzusetzen.

64 Die unterschiedlichen Strukturwandel- und Förderinstrumente der EU, wie der Just  
65 Transition Fund müssen an strenge Umwelt- und Klimakriterien geknüpft werden um  
66 den Klimazielen von Paris entsprechen. Wir fordern, dass der Freistaat Sachsen  
67 sich im Bundesrat dafür einsetzt, dass mit den Mitteln nur Maßnahmen unterstützt  
68 werden, die uns auf einen Pfad des Pariser Klimaabkommens bringen. Bei der  
69 Verteilung der Mittel sollen sächsische Bürger\*innen über direkt  
70 Beteiligungsprozesse eingebunden werden und so die Akzeptanz der erforderlichen  
71 Maßnahmen stärken.

72 Insbesondere fordern wir, dass die engen Beziehungen von Sachsen zu Polen und  
73 Tschechien bei Altbergbaufolgen und Wiedernutzbarmachung von Flächen genutzt  
74 werden. Gemeinsam sollte im Dreiländereck die Chance genutzt werden, die erste  
75 grenzüberschreitende Kohleausstiegsregion im Herzen Europa zu entwickeln, welche  
76 sich insbesondere mit dem Braunkohletagebau Turów und seinen Folgen beschäftigt.  
77 Die anhaltenden EU-Rechtsverletzungen durch den Weiterbetrieb des Kohletagebaus  
78 Turów müssen bei der EU Kommission angemahnt und letztlich unterbunden werden.  
79 Die Europäische Kommission muss endlich ein Vertragsverletzungsverfahren gegen  
80 Polen in die Wege leiten.

81 2) Wirtschaft

82 Die sächsische Wirtschaft profitiert enorm vom gemeinsamen europäischen  
83 Binnenmarkt. Wie wichtig ein funktionierender Binnenmarkt für die hiesigen  
84 Unternehmen ist, zeigte sich, als die Lieferketten wegen der Corona-Krise  
85 unterbrochen und Grenzen wieder geschlossen wurden. Wir setzen uns dafür ein,  
86 dass solche Unterbrechungen in Zukunft verhindert werden, das ein Binnenmarkt-

87 Notfallinstrument zügig auf den Weg gebracht wird und von weiteren  
88 Grenzschließungen abzusehen ist.

89 Der EU Green Deal hat bereits jetzt die Grüne Transformation der Industrie  
90 angestoßen und löst einen neuen Boom in der Erneuerbaren-Branche aus. Neue  
91 Geschäftsfelder tun sich durch die EU-Kreislaufwirtschaftspolitik auf. Die EU  
92 setzt einen gesetzlichen Rahmen für gleiche Wettbewerbsbedingungen auf dem  
93 digitalen Binnenmarkt, von dem insbesondere kleine und mittelständische  
94 Digitalunternehmen profitieren. Neue Regeln wie das EU-Lieferkettengesetz  
95 stärken das ethische Unternehmertum. Die sächsische Landesregierung sollte ihre  
96 eigene Wirtschaftspolitik an diesen europäischen Rahmen ausrichten und  
97 sächsische Unternehmen gezielt bei der Transformation unterstützen.

98 Wir fordern vom Freistaat Sachsen, dass er die sächsischen Unternehmen  
99 unterstützt, damit Sie in die Lage versetzt werden Herstellungsprozesse unter  
100 ökologischen Gesichtspunkten zu transformieren und zu perfektionieren. Dies  
101 umfasst auch die Konzeptionierung kreislaufbasierter und kreislauffähiger Waren.  
102 Entscheidende Aspekte wie Energieeffizienz, nachhaltiger Ressourceneinsatz,  
103 Schadstoffverringerung, Emissionsreduktion, sowie Reparierbarkeit und  
104 Wiederverwendbarkeit von End- und Zwischenprodukten dienen dabei nicht nur der  
105 Realisierung von CO<sub>2</sub>-Neutralität, sondern ebenso der ökonomischen Resilienz und  
106 stärken die langfristige Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Sachsen.

107 3) Flucht & Migration: Fluchtursachen bekämpfen und Migration ermöglichen

108 Der Freistaat Sachsen steht in der Pflicht, die Menschenrechte zu gewährleisten  
109 und eine humane und menschenwürdige Asylpolitik umzusetzen. Wir lehnen  
110 Abschiebungen aus Sachsen in Herkunftsstaaten, die nicht sicher sind, ab. Wir  
111 BÜNDNISGRÜNE ringen als Teil der Regierung in Sachsen hart dafür, dass endlich  
112 Standards für eine menschenwürdige Rückführungspraxis für die sächsischen  
113 Behörden handlungsleitend und bindend sind. Dafür haben wir die Einführung eines  
114 Abschiebemonitorings am Flughafen Leipzig/Halle auf den Weg gebracht. Den  
115 Entscheidungen der Härtefallkommission über das Aufenthaltsrecht soll  
116 entsprochen werden. Wir wollen sicheren Familiennachzug garantieren.

117 Jedes Menschenleben zählt. Auf unser beharrliches Drängen hin hat der Freistaat  
118 sich schon in 2020 bereit erklärt, zusätzlich zum Königsteiner Schlüssel  
119 Geflüchteten aufzunehmen. Wir fordern eine Erneuerung der Aufnahmebereitschaft  
120 des Freistaates gegenüber dem Bund ein. Dies gilt sowohl für die Menschen, die  
121 innerhalb der EU unter katastrophalen Bedingungen in Lagern ausharren wie auch  
122 für Menschen aus Drittstaaten, denen wir im Rahmen von Resettlement-Programmen  
123 des Bundes Zuflucht in Sachsen bieten wollen. Wir rufen die Bundesregierung dazu  
124 auf das menschenverachtende Dublin-System zu reformieren und sich für eine  
125 gemeinsame europäische Lösung einzusetzen, die von der alten Bundesregierung  
126 viel zu lange blockiert wurde.

127 4) Lebendige Partnerschaften, europapolitische Bildung und transnationale  
128 Bürger\*innenbeteiligung

129 Wir BÜNDNISGRÜNE begrüßen, dass das Europaministerium auf dem Weg ist, Sachsens  
130 Regionalpartnerschaften wiederzubeleben und fordern einen stärkeren Austausch,  
131 insbesondere auch innerhalb der Zivilgesellschaft. Die Schaffung  
132 grenzübergreifender regionaler parlamentarischer Gremien mit eigenen Budgets ist  
133 ein greifbares Ziel. Dazu sehen wir insbesondere Bürger\*innenforen und -räte,

134 als konkrete Formen der Bürger\*innenbeteiligung an, für die sich das sächsische  
135 Europaministerium engagieren soll. Wir wollen die Unionsbürgerschaft zu einer  
136 europäischen Staatsbürgerschaft entwickeln, die gleiche politische und soziale  
137 Rechte für alle EU-Bürger\*innen schafft. Dazu gehört auch aktives und passives  
138 Wahlrecht auf allen Ebenen für EU-Bürger\*innen im Land ihres Hauptwohnsitzes.  
139 Wir fordern, dass der Freistaat Sachsen hierzu eine Bundesratsinitiative auf den  
140 Weg bringt und prüft welche rechtlichen Möglichkeiten es für eine europäische  
141 Staatsbürgerschaft gibt.

142 Angebote der europäischen Bildung müssen allen Sächsinen und Sachsen zur  
143 Verfügung stehen. Das bedeutet auch in den ländlichen Räumen Angebote zu  
144 entwickeln und dazu einzuladen. Dorf-, Gemeinde-, und Städtepartnerschaften, die  
145 Möglichkeit seine Ferien in einem europäischen Camp zu verbringen und  
146 Partnerschaften in Schule und Gemeinwesen zu erleben. Die Chancen Europas müssen  
147 erlebbar sein. Weltoffenheit braucht greifbare Erfahrungen. Auslandserfahrung  
148 auf dem Bildungsweg muss für alle möglich werden, insbesondere auch außerhalb  
149 von akademischen Kreisen und besserverdienende Familien.

150 Deshalb wollen wir etablierte Programme wie den Europäischen Freiwilligendienst  
151 (EFD) stärken, indem wir die daran teilnehmenden Einrichtungen in Sachsen  
152 fördern.

153 Eine wichtige Grundlage für ein weiteres Zusammenwachsen von europäischen  
154 Binnengrenzräumen bildet das Erlernen von Nachbarsprachen. Landkreise und  
155 Kommunen müssen ermutigt und unterstützt werden entsprechende Angebote in Kitas  
156 und Schulen zu schaffen oder sogar bi- und trinationale Einrichtungen zu  
157 errichten. Wir fordern unsere Mandatsträger\*innen und Regierungsmitglieder auf  
158 sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten für stärkere europäische und  
159 nachbarsprachliche Bildung einzusetzen.

## 160 5) Mobilität

161 Die Verkehrswende muss europäisch gedacht werden. Bisher verbinden vorrangig  
162 Straßen Sachsen mit seinen Nachbarländern verbindet, während die Infrastruktur  
163 der Züge in weiten Teilen für einen grenzüberschreitenden Verkehr nicht  
164 existiert oder mit Hindernissen versehen ist. Wichtige Schienenabschnitte wie  
165 Dresden-Görlitz müssen elektrifiziert werden und transnationale Abschnitte, wie  
166 beispielsweise in der Lausitz, müssen reaktiviert werden. Wir fordern den  
167 Freistaat Sachsen auf sich bei der Neubaustrecke Dresden-Prag strenge  
168 ökologische Kriterien anzuwenden und das die Strecke auch für das europäische  
169 Nachtzugnetz und den Güterverkehr nutzbar ist. Der Fokus bei der  
170 Mobilitätsförderung muss auf einem Ausbau der leisen und umweltfreundlichen  
171 Mobilität liegen und nicht beim zweitgrößten Frachtflughafens Deutschlands oder  
172 noch mehr Fernstraßen. Auch die grenzüberschreitende Radinfrastruktur, sowie der  
173 Teil der sächsischen Radfernwege muss ausgebaut werden.

174 Im Bereich Schifffahrtsverkehr lehnen wir weiterhin eine Vertiefung der Elbe und  
175 den Bau neuer Staustufen, sowohl auf deutscher als auch tschechischer Seite ab.  
176 Die gravierenden ökologischen Folgen rechtfertigen einen so starken Eingriff  
177 nicht.

## 178 6) Arbeiten und Leben in europäischen Regionen

179 Die Versorgung mit Dienstleistungen und Infrastrukturen der Daseinsvorsorge,  
180 insbesondere die Erreichbarkeit von Einrichtungen und Angeboten der

181 Grundversorgung für alle Bevölkerungsgruppen ist eine notwendige Voraussetzung  
182 für eine Chancengleichheit der Bürger\*innen. Ländliche Grenzräume stehen  
183 aufgrund ihrer räumlichen Lage bei der Sicherung ihrer Daseinsvorsorge vor  
184 zusätzlichen Herausforderungen. Unterschiedliche staatliche Verwaltungssysteme,  
185 Organisationen sowie Sprachbarrieren erschweren ihnen die Kooperation mit ihren  
186 Nachbarn im Bereich der Daseinsvorsorge. Einzugsbereiche von Einrichtungen der  
187 Daseinsvorsorge können vergrößert und somit Tragfähigkeitsgrenzen erreicht  
188 werden. Ebenso müssen keine Doppelstrukturen auf beiden Seiten der Grenze  
189 erhalten werden. Zusätzliche Hürden entstehen durch den demografischen Wandel,  
190 insbesondere für die Versorgung mit Bildungseinrichtungen im Grenzraum.  
191 Gleichzeitig wirkt er sich dramatisch auf die Erreichbarkeit der medizinischen  
192 Versorgung der alternden Bevölkerung aus. Deshalb setzen wir uns für bessere  
193 grenzüberschreitende Zusammenarbeit für öffentliche Dienstleistungen ein – wie  
194 Gesundheitsdienste, Kinderbetreuung, Schulbildung und Altenpflege, Versorgung  
195 mit Energie, Wasser, Telekommunikation, Abfall und Abwasserentsorgung,  
196 Rettungsdienst, Katastrophenschutz und Brandschutz. Hier muss konsequent in  
197 europäischen Regionen gedacht, geplant und gehandelt werden. Bisher gibt es hier  
198 viele rechtliche und praktische Hürden. Wir fordern die Bundesregierung auf die  
199 Hürden für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Daseinsvorsorge zu  
200 senken und kommunale Modellprojekte zu fördern.

#### 201 7) Kulturhauptstadt Europa Chemnitz 2025

202 Der Titel "Kulturhauptstadt Europas" ist die Gelegenheit, Chemnitz und im  
203 weiteren Sinne auch ganz Sachsen als europäische Modellregion neu auf der  
204 Landkarte Europas zu verorten. Es ist ein Plädoyer für das Entdecken der  
205 Selbstwirksamkeit, für Demokratiearbeit, für Vernetzung und Weltoffenheit.  
206 Chemnitz wächst mit der Kultur - und an der Herausforderung! Im Antrag wurde  
207 zurecht die pragmatische Macher\*innenmentalität in der Stadt und der Region  
208 betont. Chemnitzer und gesamt-sächsische Innovationskraft wird für die großen  
209 Zukunftsfragen Klimaneutralität und Digitalisierung gebraucht – genauso wie für  
210 die anstehenden Transformationen in Gesundheit und Sozialwirtschaft. Die  
211 Macher\*innenorientierung der Kulturhauptstadt sollte dazu genutzt werden, um  
212 Produkte, Lieferketten und Produktionsprozesse im Sinne einer nachhaltigen und  
213 Ressourcen schonenden sowie klimafreundlichen Entwicklung sächsischen  
214 Modellregion Europas zu gestalten.

215 Die gleichzeitige Ernennung von zwei Kulturhauptstädten - Nova Gorica und  
216 Chemnitz - ist eine große Chance für direkte europäische Vernetzung, die für die  
217 Kooperation beider Städte bei Veranstaltungen und Austausch im Rahmen des  
218 Künstler\*innenprogramm genutzt werden kann. Somit wird ermöglicht, Europa  
219 praktisch erlebbar zu machen.

220 Wir fordern den Freistaat Sachsen dazu auf, in diesem Sinne unterstützend zu  
221 wirken.

## Begründung

Erfolgt mündlich